



öffentlich

Einreicher/Amt: Fraktionen FDP/LTR, SPD u. CDU	Datum: 31.05.2021	Drucksache Nr.: DS-099/2021
--	----------------------	---------------------------------------

Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
14.06.2021	Hauptausschuss
16.06.2021	Stadtverordnetenversammlung

Betreff: Antrag zur Prüfung einer Städtepartnerschaft mit einer Kommune in Israel

Beschlussvorschlag: „Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune in Israel zu prüfen. In Vorbereitung einer möglichen Partnerschaft wird dazu auch der Austausch mit relevanten Institutionen, Vereinen (u.a. „Teltow ohne Grenzen“) und Interessengruppen gesucht und deren Expertise berücksichtigt. Das Prüfergebnis wird den Stadtverordneten bis zum 03.11.2021 vorgelegt.“		
gez. Mirko Schlossarczyk stellv. FV FDP/LTR	Christine Hochmuth FV SPD	Ronny Bereczki FV CDU

Begründung/Inhalt:

Eine Städtepartnerschaft ist ein geeignetes Mittel, um Menschen zu verbinden und den Austausch zwischen Städten und Nationen zu fördern.

Die Geschichte und Stadtentwicklung Teltows ist, hauptsächlich seit Mitte des 19. Jahrhunderts, auch geprägt von jüdischem Leben und dem Wirken jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Insbesondere die Entstehung und Entwicklung des Ortsteils Teltow-Seehof ist, bis heute, eng verknüpft mit dem jüdischen Erbe unserer Stadt. Zugleich zeigt sich das dunkelste Kapitel unserer Stadtgeschichte an den gegenwärtig mehr als 25 Stolpersteinen im Stadtbild, mit denen vor allem an das Schicksal jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Zeit des Nationalsozialismus erinnert wird.

Durch eine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Kommune soll ein starkes und verbindendes Signal für die Zukunft gesetzt werden. Diese Städtepartnerschaft soll ein nachhaltiges Zeichen der Solidarität mit Israel und gegen Antisemitismus setzen. Schließlich begeht das Land Brandenburg 2021 das Festjahr „1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ und feiert gleichzeitig „350 Jahre Jüdisches Leben in Brandenburg“. Dieses Jubiläum ist ein geeigneter Anlass, um eine Partnerschaft mit einer Kommune in Israel zu prüfen und gegebenenfalls aufzunehmen.